

SWOT-Analyse | Simbabwe

15.07.2020

Verpasste Chancen

Das Land bringt in vielerlei Hinsicht gute Voraussetzungen für die wirtschaftliche Entwicklung mit, konnte aber daraus in den letzten Jahrzehnten wenig machen.

Von Marcus Knupp | Berlin

Mit rund 15 Millionen Einwohnern liegt das Binnenland im Mittelfeld der Staaten im südlichen Afrika. Das gilt auch für das Bruttoinlandsprodukt (BIP) von etwas über 20 Milliarden US-Dollar (US\$). Gemessen am Pro-Kopf-Einkommen ist Simbabwe jedoch in den vergangenen Jahrzehnten unter die ärmeren Länder der Region abgerutscht.

SWOT-Analyse Simbabwe

Strengths	Weaknesses
Reiche Vorkommen an Bodenschätzen	Binnenlage ohne Zugang zum Meer
Gutes landwirtschaftliches Potenzial	Schwerfällige Verwaltung
Vergleichsweise diversifizierte Wirtschaft	Investitionsstau in der Infrastruktur
Relativ hohes Bildungsniveau	Abwanderung von Fachkräften
Gute Erschließung mit Straßen	Währungsturbulenzen
Opportunities	Threats
Anknüpfen an alte Produktionsstrukturen	Versorgungsprobleme mit Nahrungsmitteln
Nutzung touristischer Potenziale im ganzen Land	Soziale Unruhen
Verkehrsdrehkreuz für die SADC-Region	Unzuverlässige Energieversorgung
Kooperation auf politischer Ebene	Hyperinflation
Stabilisierung der Währung	Unklare Eigentumsrechte

Quelle: Germany Trade & Invest

Vom Brotkorb zum Armenhaus

Lange Zeit hat Simbabwes Landwirtschaft solide Überschüsse erwirtschaftet, sowohl in der Produktion von Nahrungsmitteln als auch bei Cash Crops wie Tabak. Eine verfehlte Agrarpolitik im Verein mit inkonsequent durchgeführten Schritten zur Landreform hat die Basis dafür in den vergangenen Jahrzehnten immer mehr geschwächt. Zuletzt haben äußere Einflüsse wie Tropenstürme, Trockenphasen und die Auswirkungen der Corona-Pandemie die Situation weiter verschärft.

Im Jahr 2020 sind infolgedessen rund 8 Millionen Einwohner, also fast die Hälfte der Bevölkerung, von Hunger und Mangelernährung betroffen. Aufgrund fehlender Devisenreserven ist Simbabwe bei der Versorgung mit Nahrungsmitteln aus dem Ausland auf Hilfslieferungen angewiesen. Erschwerend kommt hinzu, dass das Land wegen ausstehender Tilgungen und Zinszahlungen an multilaterale Gläubiger derzeit von den internationalen Finanzinstitutionen wie dem Internationalen Währungsfonds (IWF) keine neuen Kredite erhält.

Unveränderte Stärken

Was für etliche afrikanische Länder gilt, trifft auf Simbabwe in besonderem Maße zu: Die Voraussetzungen für wirtschaftlichen Wohlstand sind grundsätzlich gut. Das Land verfügt über reiche Vorkommen an Rohstoffen wie Gold, Metallen der Platingruppe, Chrom, Nickel oder Diamanten. Flächenreserven, zum Teil gute Böden und in Normaljahren mehr als ausreichende Niederschläge bedeuten großes Potenzial für die landwirtschaftliche Produktion. Die klimatische Vielfalt der verschiedenen Höhenlagen ermöglicht den Anbau eines breiten Spektrums von Nutzpflanzen. Von landschaftlichen Schönheiten wie den Viktoria-Wasserfällen über Anziehungspunkte wie Wildreservate bis zu kulturellen Attraktionen wie den Ruinen von Great Zimbabwe bieten sich zahlreiche touristische Ziele an, die mit Ausnahme der Victoria Falls bisher kaum vermarktet werden.

Bereits seit 1965 war das damalige Rhodesien von Sanktionen betroffen und hat mit dem Ziel wirtschaftlicher Eigenversorgung lokale Produktionen aufgebaut, die Simbabwe zu einem der stärker industrialisierten Länder des Kontinents gemacht haben. Wie die Verkehrsinfrastruktur haben aber auch der Produktionssektor in den letzten Jahren nur geringe Investitionen erhalten. Viele Betriebe sind verschwunden oder befinden sich in schlechtem Zustand. Fortgesetzte Sanktionen und ein in der Folge schlechtes Länderranking haben daran einen Anteil. Ein großer Teil des Problems hat aber interne Ursachen.

Lösungen aus eigener Hand

Hausgemachte Krisen lassen sich oft mit Hausmitteln behandeln. Rechtssicherheit ist einer der wesentlichen Faktoren für langfristige Investitionen. Enteignungen und rasche gesetzliche Änderungen haben hieran in den zurückliegenden Jahrzehnten Zweifel geschaffen. Zudem kann zum Beispiel Land in Simbabwe nicht beliehen werden, da ein freier Eigentumstransfer nicht möglich ist. Der daher schwierige Zugang zu Krediten schränkt den Spielraum der kleinen Landwirte für Investitionen erheblich ein.

Simbabwe hat nach 1980 stark in den Bildungssektor investiert. Die Zunahme der im formalen Bereich vorhandenen Beschäftigungsmöglichkeiten konnte allerdings nicht mit der wachsenden Zahl der Schulabsolventen mithalten. Dies trug zusammen mit der sich verschlechternden wirtschaftlichen Binnenlage dazu bei, dass mehrere Millionen Simbaber im Ausland beschäftigt sind, die größte Anzahl in Südafrika. Deren Qualifikationen fehlen zum Teil im Land selbst - in der aktuellen Krise etwa im Gesundheitssektor.

Verwaltungsverfahren sind langsam und kostspielig, wie eine Studie des Institute for Security Studies (ISS) von Dezember 2019 darstellt. Landerrankings zeigen den Spielraum für Verbesserungen des Geschäftsklimas. So etwa der Ease of Doing Business Index der Weltbank, wo das Land 2020 den 140. Platz unter 190 untersuchten Ökonomien einnimmt, oder der Index zur Korruptionswahrnehmung von Transparency International. Hier lag Simbabwe 2019 auf Rang 158 von 180 Ländern.

Die neue Regierung unter Präsident Emmerson Mnangagwa war 2017 mit Schwung in die Reformpolitik gestartet. Interne Differenzen innerhalb der Regierungspartei ZANU-PF und ein wenig entspanntes Verhältnis zur Opposition haben die Umsetzung konkreter Maßnahmen allerdings erheblich erschwert und verlangsamt. Die gegenwärtige Krise gäbe zwar die Gelegenheit zum Handeln, kann aber auch zu einer Verhärtung der Fronten führen und damit tendenziell eher zum wirtschaftspolitischen Stillstand.


Dieser Inhalt ist relevant für:

Simbabwe
SWOT-Analyse
Wirtschaftsumfeld

Kontakt

Edith Mosebach

Wirtschaftsexpertin

 +49 228 24 993 288

 [Ihre Frage an uns](#)

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2020 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.